

+++++

M
Fach-
schule

Tel. 2614

Wahl-
verweigerer

1961

1963

1965

1967

1968

1970

1974

1976

Anlagen

Artikel-Nr.
BTP 1005

Anlage 1

Zum 16. September 1989

Gründungsappell
„Aufbruch 89“ des NF
vom 9. September 1989

In unserem Lande ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört. Belege dafür sind die weitverbreitete Verdrossenheit bis hin zum Rückzug in die private Nische oder zur massenhaften Auswanderung. Fluchtbewegungen dieses Ausmaßes sind anderswo durch Not, Hunger und Gewalt verursacht. Davon kann bei uns keine Rede sein.

Die gestörte Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft lähmt die schöpferischen Potenzen unserer Gesellschaft und behindert die Lösung der anstehenden lokalen und globalen Aufgaben. Wir verzetteln uns in übelgelaunter Passivität und hätten doch Wichtigeres zu tun für unser Leben, unser Land und die Menschheit.

In Staat und Wirtschaft funktioniert der Interessenausgleich zwischen den Gruppen und Schichten nur mangelhaft. Auch die Kommunikation über die Situation und die Interessenlage ist gehemmt. Im privaten Kreis sagt jeder leichthin, wie seine Diagnose lautet und nennt die ihm wichtigsten Maßnahmen. Aber Wünsche und Bestrebungen sind sehr verschieden und werden nicht rational gegeneinander gewichtet und auf Durchführbarkeit untersucht. Auf der einen Seite wünschen wir uns eine Erweiterung des Warenangebots und bessere Versorgung, andererseits sehen wir deren soziale und ökologische Kosten und plädieren für die Abkehr von ungehemmtem Wachstum. Wir wollen Spielraum für wirtschaftliche Initiative, aber keine Entartung in eine Ellenbogen-gesellschaft. Wir wollen das Bewährte erhalten und doch Platz für Erneuerung schaffen, um sparsamer und weniger naturfeindlich zu leben. Wir wollen geordnete Verhältnisse, aber keine Bevormundung. Wir wollen freie, selbstbewußte Menschen, die doch gemeinschaftsbewußt handeln. Wir wollen vor Gewalt geschützt sein und dabei nicht einen Staat von Bütteln und Spitzeln ertragen müssen. Faulpelze und Maulhelden sollen aus ihren Druckposten vertrieben werden, aber wir wollen dabei keine Nachteile für sozial Schwache und Wehrlose. Wir wollen ein wirksames Gesundheitswesen für jeden; aber niemand soll auf Kosten anderer krank feiern. Wir wollen an Export und Welthandel teilhaben, aber weder zum Schuldner und Diener der führenden Industriestaaten noch zum Ausbeuter und Gläubiger der wirtschaftlich schwachen Länder werden.

Um all diese Widersprüche zu erkennen, Meinungen und Argumente dazu anzuhören und zu bewerten, allgemeine von Sonderinteressen zu unterscheiden, bedarf es eines demokratischen Dialogs über die Aufgaben des Rechtsstaates, der Wirtschaft und der Kultur. Über diese Fragen müssen wir in aller Öffentlichkeit, gemeinsam und im ganzen Land, nachdenken und miteinander sprechen. Von der Bereitschaft und dem Wollen dazu wird es abhängen, ob wir in absehbarer Zeit Wege aus der gegenwärtigen krisenhaften Situation finden. Es kommt in der jetzigen gesellschaftlichen Entwicklung darauf an,

- daß eine größere Anzahl von Menschen am gesellschaftlichen Reformprozeß mitwirkt,
- daß die vielfältigen Einzel- und Gruppenaktivitäten zu einem Gesamthandeln finden.

Wir bilden deshalb gemeinsam eine politische Plattform für die ganze DDR, die es Menschen aus allen Berufen, Lebenskreisen, Parteien und Gruppen möglich macht, sich an der Diskussion und Bearbeitung lebenswichtiger Gesellschaftsprobleme in diesem Land zu beteiligen. Für eine solche übergreifende Initiative wählen wir den Namen

NEUES FORUM

Die Tätigkeit des Neuen Forums werden wir auf gesetzliche Grundlagen stellen. Wir berufen uns hierbei auf das in Art. 29 der Verfassung der DDR geregelte Grundrecht, durch gemeinsames Handeln in einer Vereinigung unser politisches Interesse zu verwirklichen. Wir werden die Gründung der Vereinigung bei den zuständigen Organen der DDR entsprechend der VO vom 6.11.1975 über die „Gründung und Tätigkeit von Vereinigungen“ (Gbl. 1 Nr.44, S.723) anmelden.

Allen Bestrebungen, denen das Neue Forum Ausdruck und Stimme verleihen will, liegt der Wunsch nach Gerechtigkeit, Demokratie, Frieden sowie Schutz und Bewahrung der Natur zugrunde. Es ist dieser Impuls, den wir bei der kommenden Umgestaltung der Gesellschaft in allen Bereichen lebensvoll erfüllt wissen wollen.

Wir rufen alle Bürger und Bürgerinnen der DDR, die an einer Umgestaltung unserer Gesellschaft mitwirken wollen, auf, Mitglieder des Neuen Forums zu werden.

Die Zeit ist reif.

Anlage 2

Zu den Ereignissen am 4. und
5. Oktober am Hauptbahnhof
in Dresden

Brief eines
Bereitschaftspolizisten an
seinen Seelsorger

(...) Glaube mir, daß sich die Sache so entwickelt, wollte niemand von uns Wehrpflichtigen. Wir sind leider nur die, die den Kopf hinhalten müssen. Für uns gibt es nur zwei Möglichkeiten, entweder die Befehle ausführen oder für lange, für sehr lange Zeit nach Schwedt ins Militärgefängnis zu gehen.

Am Mittwoch und am Donnerstag war die Situation noch eine ganz andere. Dort standen uns Leute gegenüber, die die Polizisten mit Steinen, Brandflaschen und Säureflaschen bewarfen. Unser Zug war am Mittwoch mit dabei, als der Hauptbahnhof belagert wurde, und am Donnerstag auf der Prager Straße. Uns holte man erst relativ spät und stellte uns zuerst dorthin, wo es am gefährlichsten war. Wir hatten nur Angst. Auf unsere Schilde prasselten Steine, vor uns schlugen Brand- und Säureflaschen auf den Asphalt. Zwei Mann von uns kippten um. Steine hatten ihre Visiere durchschlagen.

Danach wurden wir aus der ersten Reihe herausgenommen und mußten unsere Schilde ablegen. Dann wurden wir zu Fünfergruppen aufgeteilt und in die Massen reingejagt, um die Steinewerfer herauszuholen. Unsere Offiziere, die Schutzpolizei und die Stasi blieben in sicherem Abstand hinter der Sperrkette. In diesen Minuten hatte ich das erste und bis jetzt das letzte Mal in meinem Leben das Gefühl von Todesangst. Vor uns die wütende Menschenmasse und hinter uns Offiziere, Stasi und in der Kaserne der Militärstaatsanwalt. Das, was wir dort drinnen, in der Menschenmenge, gemacht haben, taten wir aus Angst und einfach aus Überlebenswillen.

Was sich nun aber in den letzten Tagen abspielt, und was von bestimmten Gruppen der Schutz- und Sicherheitsorgane schon seit einigen Tagen praktiziert wird, ist für jeden normal denkenden Menschen abstoßend und erschütternd. So werden unbeteiligte Zuschauer und gewaltlos demonstrierende Menschen von „Leuten“ des Strafvollzugs in der Kaserne genauso „empfangen“ wie die Leute, die mit Brandflaschen geworfen haben. Besonders erschütternd ist, wie von diesen „Leuten“ (es können keine Menschen mehr sein) Frauen, Mädchen und ältere Leute geschlagen werden. Nicht nur bei mir schwindet im Angesicht solcher Aktionen die Angst vor dem Staatsanwalt.

Das ist auch der Grund, warum ich Dir diesen Brief schreibe. Ich bitte Dich bloß um eins: Bete für mich und vergib mir, wenn Du kannst.

Verlies diesen Brief bitte in der Jungen Gemeinde und zeige ihn jedem, der wissen möchte, wie es in uns Wehrpflichtigen aussieht, die zu solchen, einem sozialistischen Staat unwürdigen Aktionen gezwungen werden.

Am 4. Oktober 1989 haben sich Vertreter der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt, des Demokratischen Aufbruchs, der Gruppe Demokratischer Sozialistinnen, der Initiative Frieden und Menschenrechte, der Initiative Sozialdemokratische Partei in der DDR, des Neuen Forums sowie Vertreter von Friedenskreisen zusammengefunden, um Möglichkeiten gemeinsamen politischen Handelns zu besprechen. Wir begrüßen die sich entwickelnde Vielfalt der Initiativen als Zeichen des Aufbruchs und des wachsenden Mutes, eigene politische Positionen öffentlich zu vertreten. Uns verbindet der Wille, Staat und Gesellschaft demokratisch umzugestalten. Es kommt darauf an, einen Zustand zu beenden, in dem Bürgerinnen und Bürger dieser Gesellschaft nicht die Möglichkeit haben, ihre politischen Rechte so auszuüben, wie es die Menschenrechtskonventionen der Vereinten Nationen und die KSZE-Dokumente verlangen. Wir erklären uns solidarisch mit allen, die wegen ihres Einsatzes für diese Ziele verfolgt werden. Wir setzen uns ein für die Freilassung der Inhaftierten, die Aufhebung ergangener Urteile und die Einstellung laufender Ermittlungsverfahren. Wir halten es für vorrangig, in unserem Lande eine Diskussion darüber zu eröffnen, welche Mindestbedingungen für eine demokratische Wahl eingehalten werden müssen. Sie muß unterschiedliche politische Entscheidungen ermöglichen. Sie muß geheim sein, d. h. die Wähler sind verpflichtet, eine Wahlkabine zu benutzen. Sie muß frei sein, d.h. niemand darf durch Druck zu einem bestimmten Wahlverhalten genötigt werden. Die nächsten Wahlen sollten unter UNO-Kontrolle stattfinden. Wir wollen zusammenarbeiten und prüfen, in welchem Umfang wir ein Wahlbündnis mit gemeinsamen eigenen Kandidaten verwirklichen können. Um unser Land politisch zu verändern, bedarf es der Beteiligung und der Kritik aller. Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger der DDR auf, an der demokratischen Erneuerung mitzuwirken.

Anlage Nr. 3

Gemeinsame Erklärung der Bürgerbewegungen vom 4. Oktober 1989

Anlage 4

Zum 7. Oktober 1989

Leipziger Betriebskampfgruppe zur Demonstration am 6. Oktober 1989

Ein Indiz für die Vorbereitung der SED-Führung, die wachsenden Bürgerdemonstrationen mit Gewalt niederzuschlagen, ist die Drohung des Waffeneinsatzes gegen staatsfeindliche Provokationen durch den Kommandeur einer Betriebskampfgruppe, Günter Lutz, in einem »Leserbrief« in der Leipziger Volkszeitung.

Werktätige des Bezirks fordern: Staatsfeindlichkeit nicht länger dulden

Die Angehörigen der Kampfgruppenhundredschaft „Hans Geiffert“ verurteilen, was gewissenlose Elemente seit einiger Zeit in der Stadt Leipzig veranstalten. Wir sind dafür, daß die Bürger christlichen Glaubens in der Nikolaikirche ihre Andacht und ihr Gebet verrichten. Das garantiert ihnen unsere Verfassung und die Staatsmacht unserer sozialistischen DDR. Wir sind dagegen, daß diese kirchliche Veranstaltung mißbraucht wird, um staatsfeindliche Provokationen gegen die DDR durchzuführen. Wir fühlen uns belästigt, wenn wir nach getaner Arbeit mit diesen Dingen konfrontiert werden. Deshalb erwarten wir, daß alles getan wird, um die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten, um die in 40 Jahren harter Arbeit geschaffenen Werte und Errungenschaften des Sozialismus in der DDR zu schützen, und daß unser Aufbauwerk zielstrebig und planmäßig zum Wohle aller Bürger fortgesetzt wird. Wir sind bereit und Willens, das von uns mit unserer Hände Arbeit Geschaffene wirksam zu schützen, um diese konterrevolutionären Aktionen endgültig und wirksam zu unterbinden. Wenn es sein muß, mit der Waffe in der Hand! (...)

Anlage 5**Leipziger
Schichtarbeiterin über
ihre Verhaftung am
7. Oktober 1989**

„Ich hatte mir mit noch zwei Kolleginnen für den 7. Oktober vorgenommen, auf den Bauernmarkt zu gehen und anschließend einen kleinen Stadtbummel zu machen. (...)

Gegen 13.00 Uhr trafen wir einen Kollegen auf dem Platz vor der Nikolaikirche an. Wir blieben stehen und wechselten ein paar Worte. Außer uns waren noch mehrere Bürger dort, und sie waren ebenfalls ins Gespräch vertieft. Einige von den Sicherheitskräften liefen auf dem Platz auf und ab, kein ungewöhnliches Bild. Alles war ruhig und friedlich, nichts deutete auf Unruhen hin. Die von den Sicherheitskräften schlossen sich in einer Gruppe zusammen und traten an den Rand des Platzes. Plötzlich schrie einer von ihnen: „Handeln!“ Panik brach aus. In Sekundenschnelle war der Platz voller Polizisten, die mit Schlagstöcken bewaffnet waren. Militärlaster fuhren auf (Mannschaftswagen). Dann schlugen die Polizisten wild und ziellos auf die Bürger ein. Zogen sie an den Haaren über den Platz zu den Lastern. Beim Aufsteigen zog ein zivilgekleideter Beamter uns vom Laster aus auf den Laster. Sie schrien uns an. An den Kleidungsstücken wurden wir auf die in dem Laster befindliche Bank gezogen. Wir wurden nur mit „Schwein“ und „Sau“ von ihnen betitelt. Genau 13.33 Uhr fuhr der Laster mit 8 Bürgern und 3 von den Sicherheitskräften los. Dann hielt der Laster erst wieder in einem Innenhof, der von Gebäuden umgeben war, wer weiß, wo das war. Beim Absteigen zog man uns wieder an der Kleidung, und es kam auch vor, daß sie wieder den Schlagstock zum Einsatz brachten. Erst nach den Schlägen wurden wir gefragt, ob man männlich oder weiblich sei. Danach mußten wir in ein Gebäude gehen, Treppen steigen. Es kam der Befehl, stehen-zubleiben, Hände an die Seite, ja nicht an der Wand anlehnen, denn das wurde bestraft. Dann wurden wir einzeln in einen Gang gebracht, dort wurden unsere Personalien festgehalten. Mit einer Begleitperson brachte man uns zu einem Raum, der sich am Ende des Ganges befand. Dieser wurde von mehreren Polizisten außen und innen bewacht. Dort hinein mußten wir uns setzen. Stunden vergingen, als ein zivilgekleideter Beamter meinen Namen rief. Ich mußte mit ihm mitgehen, wieder Treppen steigen, halt. Er schloß ein Zimmer auf, und als wir beide uns hingesezt hatten, begann das Verhör, oder auch Vernehmung genannt. Danach mußte ich ein Protokoll unterschreiben. Wir gingen raus, die Treppen runter. (...)

Eine Polizistin führte mich durch einen furchtbaren und nur notbeleuchteten Kellergang. Tausend Gedanken gingen mir in diesem Augenblick durch meinen Kopf, die Ungeißtheit machte sich in mir breit, wer weiß, was nun passiert. Dann kam mir ein kalter, frischer Luftzug entgegen. Wir kamen am Innenhof an. Wieder ein Gebäude, die Treppen erneut steigen. Ich weiß nicht, in welcher Etage ich den Befehl erhielt, stehen-zubleiben. Auf dem Flur befanden sich 7 Polizisten, und ich mußte wieder in einen Raum gehen. Drinnen waren noch 3 Polizisten zur Bewachung, und es saßen schon mehrere Bürger da, die vom gleichen Schicksal betroffen waren wie ich. Stunden vergingen wieder. Menschliche Bedürfnisse mußten angemeldet werden. Dann wartete man auf eine

Entscheidung, wenn es hieß „ja“, dann nur in Begleitung. Einer von uns fragte nach etwas Essen und zu trinken. Für diese Frage wurde er auf den Flur gebracht und mußte die Hände an die Wand stützen und sich breitbeinig von der Wand wegstellen.

Es war 21.30 Uhr, als wir wieder aufgerufen wurden. Wieder mußten wir die Treppen runtergehen, erneut ging es auf den Innenhof. Die gleichen Mannschaftswagen standen wieder bereit, wie die bei dem Hintransport. In jenem Hof erwarteten uns eine ganze Menge Polizisten, die Helme trugen, das Visier verdeckte ihr Gesicht, mit Schlagstöcken bewaffnet, und einige von ihnen trugen ein Maschinengewehr mit sich; so wie ich es aus Kriegsfilmen kenne, trieben sie uns auf die Laster. In der Schulzeit lehrte man mich, wie die Nazis waren. In Friedenszeiten zeigte man mir die Praxis, denn diese Polizisten führten sich ebenso uns gegenüber auf. Auf den Lastern saßen wir beengt, Schulter an Schulter. Dann traten die Polizisten einige Bürger, damit sie das Gitter an den Laster anbringen konnten. Von uns abgeschirmt saßen noch 4 Polizisten zur Bewachung mit Maschinengewehren. Dann ging die Fahrt los. Es regnete, so als würde der Himmel mit uns Betroffenen weinen und ebenso wenig verstehen wie wir, was sich eigentlich die ganze Zeit abspielt.

Endstation war auf dem agra-Gelände. Die Laster hielten, die Absperrung wurde abgebaut. (...) Dann mußten wir Frauen absteigen. Auch wie die Männer mußten wir die Jacke ausziehen und uns genauso an die Wand stellen. Eine Polizistin nahm die Untersuchung vor. Ich sagte ihr, daß ich meine Periode habe, daraufhin meldete sich ein Polizist zu Wort und sagte: „Na und, du Sau!“ Dann packte mich ein Polizist an meinem Pullover an und schaffte mich ebenfalls in einen Pferdestall, die anderen Frauen auch. Jener Polizist war direkt scharf darauf, daß er die Bürger in den Pferdestall reinbringen konnte. Man konnte es an seinem Gesicht sehen. Mit mir bzw. mit uns war noch eine ältere Bürgerin (längst schon in Rente) eingesperrt. Sie weinte und zitterte am ganzen Leib. Angst zeigte ihr Gesicht, und sie schien nervlich am Boden. Daraufhin riefen wir Frauen einen Polizisten und baten ihn, wenigstens die alte Dame freizulassen. Er lachte uns an und lief dann weg, als hätte er nichts gehört. Keine Achtung vor unseren älteren Bürgern. (...)

Sonntagmorgen 1.00 Uhr erhielten wir eine Bockwurst, ein hartes Brötchen und einen Schluck Tee. Unsere Beine waren schwer, wie Blei durch stundenlanges Stehen. Übermüdet und durchgefroren waren wir, beinahe unbeschreibbar. (...)

Ca. 12.00 Uhr wurden wir wieder aufgerufen, erhielten unser Eigentum zurück. Mußten dann wieder auf den Laster steigen. Dann ging die Fahrt wieder los. Irgendwo wurden immer 3 Bürger abgesetzt. Dann fuhr der Laster weiter. Ich suchte die Straßenbahn auf und fuhr heim. Ca. 13.00 Uhr kam ich völlig erschöpft zu Hause an.

Am Abend des 8. Oktober (...) kam ich gegen 20.00 Uhr mit dem Demonstrationzug auf der Prager Straße an. Plötzlich befand ich mich zusammen mit etwa 800 Leuten in einem Kessel. Die Prager Straße war (...) durch einen Kordon Polizisten mit Schild, Helmen und Knüppeln abgeriegelt. Es war kein Durchkommen mehr. (...) Wir setzten uns auf die Straße, mit brennenden Kerzen in den Händen. Zu den Sperrketten blieb ein Abstand von etwa zehn Metern frei. Unterdessen wurde die Absperrung verstärkt, eine Hundestaffel herangeholt. (...) Die Eingekeßelten sangen Lieder. Keiner wußte, wie es ausgehen würde. Mir war jedenfalls recht flau zumute, heroisch habe ich mich keineswegs gefühlt. Es war eine üble Situation, denn wir mußten ja nach den Erfahrungen der letzten Tage davon ausgehen, daß die Polizei versuchen würde, die Demonstration gewaltsam aufzulösen.

Kaplan Richter und Kaplan Leuschner begannen, mit den Polizisten zu verhandeln. Nach mehreren Versuchen durften sie durch die Postenkette hindurch und konnten mit einem verantwortlichen Offizier sprechen. Sie forderten, die Polizei möge von Gewalt absehen, da auch von den Demonstranten keine Gewalt ausgehe. Zugleich baten sie den Offizier, sich um einen kompetenten Gesprächspartner von staatlicher Seite zu bemühen. Als beide zurückkamen und die Demonstranten informierten, entspannte sich die Situation ein wenig.

Kaplan Richter forderte die Demonstranten auf, Vertreter für ein Gespräch zu benennen. Spontan stürzte ein ganzer Trupp, vor allem Jugendliche, nach vorn. Dann wurden Rufe laut, daß auch einige Ältere mitgenommen werden sollten. So kam ich mit in die Gruppe. Durch Zurufe aus der Menge wurden die Forderungen und Themen für das Gespräch unter Beifall bestätigt und von einem Mitglied der Gruppe notiert: Reisefreiheit, Pressefreiheit, Einführung eines Zivildienstes, Zulassung des Neuen Forums, offener und gewaltfreier Dialog in der Gesellschaft, Wahlfreiheit, Recht auf friedliche Demonstration, Freilassung der politischen Gefangenen der letzten Tage in Dresden.

(...) Die Gruppe war nahezu ein Querschnitt durch alle Schichten: Student, Bäcker, Kaplan, Busfahrer, Krankenschwester, Krippenerzieherin, Lehrling, Ingenieure, Katechet usw. Von den ca. 20 Personen der Gruppe kannten sich nur zwei und auch die nur von der Demonstration am Vortage. Es war also wirklich eine ganz spontan und unorganisiert gebildete Gruppe, und es war kein inoffizieller Mitarbeiter des MfS dabei.(...) Es war alles so überraschend abgelaufen, daß nichts gesteuert werden konnte.

Gegen 21.30 Uhr kam Superintendent Christof Ziemer auf die Prager Straße. (...) gab unter Beifall bekannt, daß für Montag, den 9. Oktober, 9.00 Uhr, ein Gespräch der

Anlage 6

Zum 8. Oktober 1989

Friedrich Boltz über die
Dresdner
„Gruppe der 20“

Gruppe mit dem Oberbürgermeister Berghofer vereinbart worden sei. Nach der Zusage, daß am Abend in verschiedenen Dresdner Kirchen über das Gespräch informiert würde, löste sich die Demonstration friedlich auf. (...)

Von der Gruppe, die sich am 8. Oktober abends gefunden hatte, war auch keiner richtig für die Macht zu gebrauchen, weder für die alte noch für die neue. Dabei bin ich mir sicher, daß wir alle von den verschiedenen Interessengruppen abgecheckt wurden. Aber es war eben keiner brauchbar. Diejenigen, die später mit dem Namen „Gruppe der 20“ agierten und ihre politische Karriere starteten, waren am 8.10. abends in der Gruppe nicht dabei. (...)

Empfänger	
Gruppe Zwanzig	
Einlieferungsschein - Sorgfältig aufbewahren -	
M	A -
Konto-Nr. des Empfängers	
8299 - 52 - 13691	
Codierter Zahlungsgrund	
konstant	variabel
Postvermerk	
8026 DRESDEN 26	
2327 1350 26.10.89	
100	10502 0,10
11	12 1,00

Eine „Gruppe von Bürgern“ hatte ja keine Legitimation und das wurde von Berghofer bei jeder Gelegenheit betont. Deshalb habe ich den Vorschlag zu der Eine-Mark-Aktion gemacht. (...) Ich habe mich einfach im Betrieb an den Rechner gesetzt und einen Text entworfen, daß alle, die das Anliegen und damit die Legitimation der Gruppe unterstützen wollen, 1,00 Mark überweisen sollten. Eine Mark gleich eine Stimme. Das habe ich dann ausgedruckt. Einen Stapel von 50 solchen kleinen Zetteln habe ich dann vor der Kreuzkirche verteilt. Viele haben sie dann weiter vervielfältigt. Ich hatte die Nummer meines Postscheckkontos angegeben. Das Konto hat später der Schatzmeister der Gruppe übernommen. Nach drei bis vier Tagen erhielt ich ein Schreiben der Post, daß ich mich sofort melden sollte, der ganze Postbetrieb würde durch diese Aktion lahmgelegt. Das Postscheckamt habe nur noch mit den Einzahlungen auf dieses Konto zu tun. Nach drei bis vier Wochen waren weit über 100.000 DM auf dem Konto eingegangen. Zwischenzeitlich hatte der Generalstaatsanwalt für zwei Tage das Konto „wegen einer ungesetzlichen Sammlung“ sperren lassen, die Sperre dann aber rasch wieder aufgehoben.

Anlage 7

Zum 10. Oktober 1989

**Einladung des Neuen
Forum Quedlinburg zum
26. Oktober 1989**

Die von uns täglich erlebte Wirklichkeit und Ihre Widerspiegelung in den Medien der DDR klaffen weit auseinander. Bisher überwog die Angst, Probleme öffentlich zu bekennen. Das NEUE FORUM ist bestrebt, die Verständigung zwischen Regierung und Bevölkerung zu ermöglichen.

Inzwischen haben sich Zehntausende zu den Zielen des NEUEN FORUM durch ihre Unterschrift oder durch gewaltloses Demonstrieren in vielen Städten unsere Republik bekannt. Das Interesse am NEUEN FORUM ist im Raum Quedlinburg stark gewachsen, auch bei Mitgliedern der SED. Aber bei vielen besteht die Angst, durch ihre Unterschrift Schwierigkeiten zu bekommen. Dazu folgendes: Das NEUE FORUM wurde als Vereinigung bei den zuständigen staatlichen Organen angemeldet; die Bestätigung der Anmeldung wurde vorerst verweigert.

Die Erstunterzeichner haben mit Unterstützung von Rechtsanwälten eine Überprüfung dieser Entscheidung beantragt. Das NEUE FORUM setzt seine Arbeit als unabhängige politische Bürgerinitiative auf Grundlage des Artikels 29 der Verfassung fort. Es gibt kein Verbot des NEUEN FORUMS.

Wir treffen uns in Quedlinburg zu einem Informations- und Gesprächsabend am 26.10.1989 um 19.30 Uhr in der Marktkirche, die wir zur diesem Zweck von der Marktgemeinde gemietet haben. Für das Entgegenkommen der Gemeinde sind wir dankbar.

Diese Veranstaltung wird ordnungsgemäß beim VPKA Quedlinburg angemeldet.

Mit diesem Brief möchten wir JEDEN zur unserem Informations- und Gesprächsabend einladen.

NEUES FORUM Quedlinburg

Dieser Brief wird verteilt an:

Bürger des Kreises Quedlinburg, Rat der Stadt Quedlinburg, Rat des Kreises Quedlinburg, Nationale Front, Kreisvorstände CDU, LDPD, NDPD, DBD, SED, FDGB, DFD, Kulturbund, FDJ- Kreisleitung, Leitung des Kirchenkreises Quedlinburg, Leitung der Probstei Halberstadt/Quedlinburg, Lokalredaktionen der "Freiheit" und der "LDZ" und VPKA Quedlinburg.

Zur Beantwortung von Fragen stehen gern zur Verfügung:

Holm Petri, Münzenberg 25; Harald Junge, Langenberg 2; Hans-Christoph Jaekel, Ägidikirchhof 4.

Anlage Nr. 8

Zum 11. Oktober 1989

Noch am 18. Oktober
 plante die SED-Führung
 Maßnahmen gegen An-
 hänger des NF.

Aus der Stasiakte von
 Holm Petri.

BSU
000019

KD Quedlinburg Quedlinburg, 18.10.1989

Bestätigt:
 Leiter der Kreisdienststell

[Signature]
 Schulze, Major

M a ß n a h m e p l a n
 zur OPK "Schäfer"

1. Einsatz IMS "Bernd Vogel" zur Festigung der Kontakte zur ZP mit dem Ziel der Abschöpfung zur nichtgenehmigten Vereinigung "Neues Forum".
Ministerium für Staatssicherheit
 der Deutschen Demokratischen Republik
 Außenstelle Halle
 Gimmritz Damm 4
 D-4090 Halle
 Termin: sofort
 verantwortw.: Hptm. Gröger
2. Prüfung der Möglichkeiten des IMS "Bernd Vogel" über die Person [REDACTED] direkten Zugang zum führenden Personenkreis des "Neuen Forum" in Quedlinburg zu erhalten.
KOPIE
 Termin: sofort
 verantwortw.: Hptm. Gröger
3. Einsatz IMS "Marco" mit der Zielstellung des Ausbaus der pers. Kontakte zur ZP zwecks Abschöpfung zum Problem "Neues Forum" u. geplanter Aktivitäten und der dafür beteiligten Personen
 Termin: sofort
 verantwortw.: Hptm. Gröger
4. Nutzung AIM "Oliver" zur Info.-Gewinnung der Aktivitäten des "Neuen Forum" im Territorium bzw. zu Anhaltspunkten zur ZP sich mit dem "Neuen Forum" zu identifizieren.
 Termin: sofort
 verantwortw.: Hptm. Gröger/Ultn. Bachran
5. Schaffung einer KP im Wohnbereich der ZP.
 Termin: sofort
 verantwortw.: Ultn. Bachran
6. Organisierung des POZW mit der KI des VPKA Quedlinburg zur Nutzung inoffizieller Quellen zur Herausarbeitung konkreter Anhaltspunkte zur ZP und deren Stellung in langjährig u. Verbindungsnetz des "Neuen Forum"
 Termin: sofort
 Verantwortw.: Ultn. Bachran/Major Schornack
7. Prüfung d. op. Nutzbarkeit der Person [REDACTED] im Wohn- und Freizeitbereich der ZP.
 Termin: sofort
 verantwortw.: Ultn. Bachran

ESU
000014 2

8. Instruierung IMS "Weimann" im Zusammenhang mit der für den 23.10.1989 geplanten Ansprache (mögliche Teilnahme der ZP)

Termin: 20.10.89
verantw.: Ultn. Künne

9. Durchführung eines gedeckten Sicherungseinsatzes am 26.10.1989 im Zusammenhang mit der geplanten Veranstaltung des "Neuen Forum" in der Marktkirche in Quedlinburg. (POZW mit Kräften der DVP zur vorbeugenden Verhinderung möglicher Demonstrativhandlungen)

Termin: 26.10.1989
verantw.:

Deutsche Demokratische Republik
Außenstelle Halle
Grimmzei Damm 4
D-4090 Halle

KOPIE

10. Erarbeitung eines umfassenden Persönlichkeitsbildes der ZP durch Einsatz der IM "Bernd Vogel" und "Marco" sowie der KP im Wohnbereich zur Herausarbeitung von Anhaltspunkten, die zur Diskriminierung der ZP in der Öffentlichkeit genutzt werden könnte.

Termin: 25.11.89
verantw.: Ultn. Bachran

Bachran
Bachran
Ultn.

Ref.-Ltr. PID

Schornack
Schornack
Major